



→ **Dr. Dr. Joseph Kastenbauer** ist als Zahnarzt in Altötting tätig und Geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategisches Management im Gesundheitswesen GmbH & Co. KG (ISMG), München. Ehemaliger Präsident der Landes Zahnärztekammer Bayern.

[www.I-S-M-G.de](http://www.I-S-M-G.de)

## KZV-Wahlen, der selbstgewählte Gang in die totale Staatsmedizin

Verfolgt man die umfangreiche Pressearbeit zu den nunmehr abgelaufenen KZV-Wahlen, dann bekommt man als aufmerksamer Beobachter der Szenerie ein breites Spektrum von Meinungen angeboten, welches die Zukunft unserer Berufsausübung in den Farben von grau bis tiefschwarz beschreibt. Die Spannweite der politischen Sichtweisen geht von „im System das Mögliche möglich machen“ bis „raus aus dem System der GKV“. Dann gibt es aber noch eine politische Meinung, die verkündet: „gar nicht wählen, sondern leere Stimmzettel zurückschicken“. Gottlob leben wir in einer Demokratie, in der jedem Bürger zugestanden ist, sich nach seinem Verständnis von Demokratie zu verhalten. Mir selbst fällt es jedoch schwer zu erkennen, wie ich Entscheidungen in einem demokratischen Rechtsstaat beeinflussen will, wenn ich mich meiner Stimme enthalte. Da bliebe dann nur die Revolution. Der Unterzeichnende war 1992 selbst an der vordersten Front, als es um den Ausstieg – sprich Korb – in Bayern und Deutschland ging. Wir hatten in manchen bayerischen Landstrichen 60 bis 80 % ausstiegswillige Kolleginnen und Kollegen. Doch als der damalige Gesundheitsminister Seehofer den Ausgestiegenen die Wiederezulassung zu den Kassen für sechs Jahre nach Wiederbeantragung verweigerte und den gesetzlichen Krankenkassen verbot, mehr als den 1,0-fachen Satz der GOZ für alle zahnärztlichen Leistungen zu erstatten, brach das politisch aufgebaute potemkinsche Gebäude zusammen. Dazu kam noch, dass die so genannte Ersatz-KZV in Form diverser amorpher Strukturen nicht funktionabel installiert war. Das vergleichbare Szenario erleben wir heute. Interne Abfragen von Interessensverbänden, die sich der totalen Freiberuflichkeit – zumindest verbal und in Schrift verbreiten – zeigen eine Zustimmungquote zum Ausstieg von ca. 15 % der Kollegenschaft. Dies sind aber die Praxen, die schon seit langer Zeit die Freiberuflichkeit im Fortschritt der Zahnheilkunde praktizieren.

Aber auch diese Praxen wären schlecht beraten, würden sie auf den Zugang von GKV-Versicherten verzichten. Die zahnärztliche Berufspolitik sollte aus den Erfahrungen der Vergangenheit erkennen, dass gegen die Politik der Regierungen nichts erzwingbar ist. Die Mischung aus seriöser, nachhaltiger und fachlich hartnäckiger Interessensvertretung, verbunden mit der Einbeziehung der Eigenverantwortung der Patienten, der Transparenz unseres Honorargefüges und eines innerprofessionellen Qualitätsmanagements, wird unserem Beruf die notwendigen freiberuflichen Entwicklungspotenziale ermöglichen. Die Praxen, die diese Parameter bereits heute schon umsetzen, erfreuen sich großen Patientenzuspruchs. Folgt man aber den Botschaften der Standespolitiker, die Freiheit um jeden Preis, Fortbildung als berufsrechtliches Minimum und Verabschiedung des zahnärztlichen Berufs teilweise von den Grundlagen des Hippokratischen Eides fordern, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn der Berufsstand eines Tages wieder auf des Ansehen eines akademischen Berufes verzichten muss. Ich bin mir jedoch sicher, dass die Mehrheit der Zahnärztinnen und Zahnärzte nicht diesen paranoiden Vorschlägen von völlig desperaten Berufsvertretern gefolgt ist, sondern in Zukunft von Kolleginnen und Kollegen vertreten wird, die die hohe Verantwortung im medizinischen und sozialen Bereich unserer Berufsausübung tragen. Gerade diese Vertreter werden es ermöglichen, dass durch eine im gesamtpolitischen Bereich anerkannte Politik eine „zukunftsorientierte, freiberuflich fixierte Zahnheilkunde“ erbringbar bleibt.

Ihr Dr. Dr. Joseph Kastenbauer